

Alex Demirović / Julia Dück/  
Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)

# VielfachKrise

Im finanzmarktdominierten Kapitalismus

VSA

In Kooperation mit dem  
Wissenschaftlichen Beirat von  **attac**

Alex Demirović/Julia Dück/Florian Becker/Pauline Bader (Hrsg.)  
VielfachKrise

- Giovanni Arrighi*, Professor am Sozialwissenschaftlichen Institut der John Hopkins Universität, Baltimore. Er verstarb im Juni 2009.
- Roland Atzmüller*, wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA), Wien.
- Pauline Bader* studiert Politologie in Berlin und ist aktiv bei Attac.
- Florian Becker* studiert Sozialwissenschaften in Berlin und ist aktiv im Bündnis »Wir zahlen nicht für eure Krise!«
- Ulrich Brand*, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien, aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Achim Brunnengräber*, Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin (z.Z. TU Dresden). Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Mario Candeias*, Referent für Kapitalismuskritik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS).
- Alex Demirović*, Professor für Politische Theorie an der TU Berlin, Mitglied der Redaktion der Zeitschriften »Prokla« und »LUXEMBURG«. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Kristina Dietz*, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lateinamerika-Institut der FU Berlin.
- Julia Dück* studiert Politologie in Berlin und ist aktiv bei Die Linke.SDS.
- Susanne Heeg*, Professorin für geographische Stadtforschung an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Uwe Hoering*, Publizist zu Fragen ländlicher und landwirtschaftlicher Entwicklung. *globe-spotting.de*
- Andrej Holm*, Team Stadtforschung am Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Oldenburg. *gentrificationblog.wordpress.com*
- Ulle Jäger*, Zentrum Gender Studies der Universität Basel, habilitiert zu Selbstverhältnissen von NachwuchswissenschaftlerInnen.
- Tomke König*, Zentrum Gender Studies der Universität Basel, habilitiert zu Geschlechterarrangements in der Familie.
- Thomas Sablowski*, Vertretungsprofessur an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität, Frankfurt am Main (z.Z. Universität Wien). Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Beverly J. Silver*, Professorin am Sozialwissenschaftlichen Institut der Johns Hopkins Universität, Baltimore.
- Christa Wichterich*, Publizistin zu Globalisierung und Gender, aktiv im Netzwerk Women in Development Europe (WIDE). Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.
- Markus Wissen*, Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus.

Alex Demirović / Julia Dück /  
Florian Becker / Pauline Bader (Hrsg.)

## **VielfachKrise**

Im finanzmarktdominierten Kapitalismus

In Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat  
von Attac

VSA: Verlag Hamburg

**[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)**

**[www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/](http://www.attac-netzwerk.de/das-netzwerk/wissenschaftlicher-beirat/)**

© VSA: Verlag 2011, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten  
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 978-3-89965-404-2

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
Pauline Bader/Florian Becker/Alex Demirović/Julia Dück <b>Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus</b> .....	11
Thomas Sablowski <b>Die jüngste Weltwirtschaftskrise und die Krisentheorien</b> .....	29
Mario Candeias <b>Interregnum – Molekulare Verdichtung und organische Krise</b> .....	45
Alex Demirović <b>Ökonomische Krise – Krise der Politik?</b> .....	63
Ulrich Brand/Markus Wissen <b>Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise</b> .....	79
Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse	
Achim Brunnengräber/Kristina Dietz <b>Der Klimawandel – eine multiple Krise gesellschaftlicher Naturverhältnisse</b> .....	95
Uwe Hoering <b>Die Wiederentdeckung des ländlichen Raumes als Beitrag zur kapitalistischen Krisenlösung</b> .....	111
Christa Wichterich <b>Krise der Ernährermännlichkeit und neoliberale Gleichstellung durch die Krise</b> .....	129
Tomke König/Ulle Jäger <b>Reproduktionsarbeit in der Krise und neue Momente der Geschlechterordnung</b> .....	147
Alle nach ihren Fähigkeiten, alle nach ihren Bedürfnissen!	
Roland Atzmüller <b>Die Reproduktion der Arbeitskraft in der Krise</b> .....	165
Überlegungen zur Erosion der dualen Berufsausbildung	

Susanne Heeg	
<b>Finanzkrise und städtische Immobilienmärkte</b> .....	181
Die räumlichen Auswirkungen in und zwischen Städten	
Andrej Holm	
<b>Neuordnungen des Städtischen</b> .....	199
Ungleiche Entwicklung des Raumes als Ausdruck und Folge von Krisendynamiken	
Beverly J. Silver/Giovanni Arrighi	
<b>Das Ende des langen 20. Jahrhunderts</b> .....	211

# Vorwort

Die Finanz- und Wirtschaftskrise scheint vorüber, jedenfalls in Deutschland. Verkündet wird die frohe Botschaft von erneutem Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit. Doch keines der gesellschaftlichen Probleme, welche die tiefste Wirtschaftskrise seit 1929 angezeigt hat, ist gelöst. Die Finanzmarktakteure und VermögensbesitzerInnen verfolgen mit denselben Mechanismen wie vor der Krise ihre hohen Gewinnziele. Sie konnten sich damit trotz Krise und Kritik behaupten. Ihre Profite werden durch eine Verschuldung der öffentlichen Haushalte gesichert. Die Folgen wird die Mehrheit der Bevölkerung zu tragen und zu ertragen haben. Hinzu kommen zahlreiche weitere Krisen: die der Ernährung, des Klimas oder der Demokratie, zwischen den Geschlechtern und Generationen, im Verhältnis zum eigenen Selbst und zu anderen, in der Ausbildung und Bildung. Gleichzeitig kommt es zu zahlreichen Protesten, die sich aus vielen Quellen speisen. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik versuchen, alles zu ignorieren und auszusitzen. Schon vor langem wies Marx auf diese Ignoranz der bürgerlichen Gesellschaft im Verhältnis zu sich hin: »Perseus brauchte eine Nebelkappe zur Verfolgung von Ungeheuern. Wir ziehen die Nebelkappe tief über Aug' und Ohr, um die Existenz der Ungeheuer wegleugnen zu können.« (Marx, Das Kapital, Bd. 1, MEW 23, S. 15) Das vorliegende Buch will dieser Ignoranz widerstehen und einen Beitrag dazu leisten, die gegenwärtigen Widersprüche und Krisenprozesse sichtbar zu machen.

Als erstes geht es uns deswegen darum, die Aktualität des Begriffs der Krise zu betonen. Die zweifelhafte Rede vom wirtschaftlichen Aufschwung und die Politik der deutschen Regierung drohen, die ökonomische Krise ebenso wie die umfassenden gesellschaftlichen Krisenprozesse zu leugnen, zu verharmlosen und das durchaus vorhandene Bewusstsein von diesen Krisen wieder aus der Öffentlichkeit zu drängen. Demgegenüber erscheint es uns sowohl theoretisch als auch politisch wichtig, den Begriff der Krise zu schärfen und ihm mehr Gewicht zu geben, d.h. die gegenwärtigen Krisen auch als solche zu begreifen und ihre Dynamiken besser zu verstehen.

Wir wollen zweitens den Blickwinkel ausweiten. Neben der ökonomischen Krise sollen auch die Krisendynamiken in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen in ihrer zeitlich-räumlichen Ungleichzeitigkeit Gegenstand der Analyse sein. Nicht alle Krisendimensionen, die wir für wichtig halten, konnten in diesem Buch thematisiert werden. Doch wichtig ist uns die Einsicht, dass die Krise nicht auf eine ökonomische Krise oder auf eine Krise des Staatshaushalts zu reduzieren ist.



Drittens möchten wir auf die Notwendigkeit verweisen, die Zusammenhänge der verschiedenen Krisendynamiken zu analysieren. In der Diskussion über die jüngste ökonomische Krise wurde von einer Reihe von AutorInnen zu Recht die Komplexität der Krisendynamiken betont, wenn sie von einer multiplen oder Vielfachkrise sprechen. Es geht demnach darum, den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang im neoliberalen Finanzkapitalismus in den Blick zu nehmen. Es stellen sich Fragen danach, wie diese Krisen zusammenhängen, ob sie sich verschärfen, abschwächen, verdichten, wie sie von den Herrschenden genutzt und gemanagt werden, welche Protestreaktionen sie hervorrufen und welche Veränderungspotentiale sie beinhalten.

Um diese Krisendynamiken auszumachen und zu klären, wann sinnvoll von einer »Krise« gesprochen werden kann, bedarf es – viertens – der Begriffe und Analysen, welche die verschiedenen Krisen als gesellschaftliche Prozesse verständlich machen. Es muss darum gehen, ein objektivistisches Krisenverständnis zurückzuweisen und den Blick dafür freizulegen, dass Krisen immer die konkreten Lebenszusammenhänge von Menschen betreffen. Über das Grundrecht auf Wohnen wurde bei der Frage der Immobilienkrise wenig gesprochen, und doch sind etwa sechs Millionen Haushalte in den USA davon betroffen, dass ihr Grundrecht auf Wohnen in Frage steht. Viele der von Räumung Betroffenen haben gemeinsam mit anderen die ihnen gehörenden Häuser besetzt. Aber es ist schlimm genug, dass sie überhaupt um das Selbstverständliche kämpfen müssen. Es stellt sich also die Frage: Für wen ist was eine Krise? Um Veränderungen im Krisendiskurs zu kämpfen, heißt auch, krisenhafte Entwicklungen zu thematisieren, sie damit sichtbar und zum Gegenstand der gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidung zu machen.

Fünftens geht es darum, dass die Ebene des Krisenmanagements bzw. der Regulation umfassend in den Blick genommen wird. Bisher geschah dies fast ausschließlich für die ökonomischen und sozial-ökologischen Krisenprozesse. Da das herrschaftsförmige Krisenmanagement jedoch selbst in der Krise und zu einem Faktor der multiplen Krise geworden ist, ist es wichtig, zu analysieren, warum und wann welche Krisen auf welche Weise bearbeitet werden – oder eben nicht bearbeitet werden. Dabei geht es auch darum, die dem Krisenmanagement zu Grunde liegenden Kräfteverhältnisse in den Blick zu nehmen und die unter kapitalistischen Bedingungen herrschenden Formen der Krisenbearbeitung durch Markt und Staat zu kritisieren.

Sechstens schließlich geht es uns auch darum, Krisen als gesellschaftliche Situationen zu verstehen, in denen bestehende Handlungsmuster nicht mehr fortgesetzt werden können. Daraus kann eine Offenheit entstehen für

Vorschläge aus der Linken und neue emanzipatorische Praxen. Allerdings besteht unverkennbar auch die Gefahr einer demokratiefeindlichen und rassistischen Politik, die einen Block herstellt zwischen den sich bedroht fühlenden Herrschenden und Teilen der Bevölkerung.

Vielen der angesprochenen Fragen und Gesichtspunkte kann das vorliegende Buch nicht in der wünschenswerten Weise entsprechen. Dazu reichen ganz allgemein der Stand des Wissens und der Diskussion nicht aus. Trivialer ist, dass die Antworten auf diese Fragen den Umfang des vorliegenden Bandes sprengen würden. Viele wichtige Themen konnten leider kaum berücksichtigt werden. Auch hätten wir gern mehr Menschen aus der internationalen Diskussion dabei gehabt. Trotz dieser Mängel hoffen wir, dass der vorliegende Band dazu anregen kann, über die multiple Krise weiter nachzudenken, die vielfältigen Dimensionen von konkreten Entwicklungen und die Wirkungszusammenhänge besser zu verstehen und zentrale Ansatzpunkte für linke Politik auszumachen, um mit langem Atem konkret handelnd emanzipatorische Ziele zu verwirklichen. Die Analyse der Querverbindungen der Krisenprozesse und ihres gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs soll zur Verbindung von sozialen Bewegungen in den verschiedenen Krisenfeldern und einer verstetigten Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen und Akteure beitragen. Der letzte Beitrag des Buches wirft die Frage nach den mit der Krise verbundenen längerfristigen Entwicklungsperspektiven des weltweiten Kapitalismus auf. Wir freuen uns, dass Beverly Silver uns einen der letzten Texte zur Verfügung gestellt hat, den sie noch mit Giovanni Arrighi schreiben konnte, der im Juni 2009 starb.

Die Idee zu diesem Buch entstand bei einem Treffen des wissenschaftlichen Beirats im Rahmen der Sommerakademie von Attac Deutschland 2009 in Karlsruhe. Gegenstand der Diskussion war, welche Krisen die Beiratsmitglieder aufgrund ihrer verschiedenen Arbeitsgebiete in besonderer Weise vor Augen hatten und wie sie deren Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise sahen. Gerd Siebecke vom VSA: Verlag, der im Beirat mitarbeitet, hat die Idee aufgegriffen und eine Verwirklichung des Projekts nachhaltig unterstützt. Ihm und allen Beitragenden sei an dieser Stelle gedankt. Der ursprünglich vorgesehene Titel »Unsere Lieblingskrisen«, der ironisch auf die öffentliche Krisenkommunikation anspielen wollte, die einzelne Krisendimensionen voneinander isoliert, erwies sich als missverständlich und stieß auch im Beirat auf Einwände. Diesen haben wir mit dem veränderten Titel Rechnung getragen, der die Intention des Buches direkter zum Ausdruck bringt.

*Die HerausgeberInnen*

Pauline Bader/Florian Becker/Alex Demirović/Julia Dück

# **Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus**

## **1. Krisen im Kapitalismus und die multiple Krise**

Die bürgerliche Gesellschaftsformation wird regelmäßig von Krisen ergriffen. Allerdings reichen die Krisen, die nicht nur die Ökonomie betreffen, unterschiedlich tief. Konjunkturelle lassen sich von großen Krisen unterscheiden. Konjunkturelle Krisen sind Krisen, die in einem Rhythmus von vier oder fünf Jahren auftreten. Sie sind eingebettet in einen längeren Rhythmus von 40 bis 60 Jahren, in dem sich die gesellschaftlichen Widersprüche zu Strukturkrisen aufschaukeln und entladen. Krisen sind objektive Vorgänge, doch dürfen sie nicht objektivistisch missverstanden werden. Krisen brechen nicht von außen in eine Gesellschaft ein, die sich im Prinzip im Gleichgewicht befindet und nun von der Krise in ihrem normalen und funktionstüchtigen Gang unterbrochen wird. In die Krise geraten immer konkrete soziale Verhältnisse, also relativ regelmäßige Praktiken sozialer Kollektive und Individuen. Krisen sind das Ergebnis von Spannungen und Widersprüchen in diesen Verhältnissen. Zu einer Krisensituation gehört auch, dass sich bei einer Vielzahl von Akteuren wenigstens kurzfristig die Einsicht zur Geltung bringt, dass angesichts der erfahrenen Störungen die Verhältnisse geändert werden müssten. Anders gesagt, Krise und Krisenbewusstsein lassen sich nicht trennen.

Im Sinne der materialistischen Theorie im Anschluss an Marx (vgl. Marx 1857) nehmen wir an, dass Krisen kreislauftheoretisch erklärt werden können. In einem Kreislauf setzen sich die jeweiligen sozialen Verhältnisse wechselseitig voraus. Der Basiskreislauf in kapitalistisch bestimmten Gesellschaften ist der Kreislauf von Geld-Ware-mehr Geld: Geldkapital ist die Voraussetzung der Produktion von Waren, diese werden auf dem Markt in Wert gesetzt, sodass nun das vorgeschossene Geldkapital in größerem Umfang zu den Eigentümern zurückkehrt. Dieser Kreislauf umfasst eine Vielzahl von Momenten: die Produktion, die Zirkulation, die Distribution, den Konsum. Mit diesem Kreislauf ist eine Vielzahl von weiteren Prozessen verbunden: die Rohstoffgewinnung und Energieerzeugung, die Herstellung von Infrastrukturen wie Straßen oder Wasser- und Energieversorgung, die Erzeugung des menschlichen Arbeitsvermögens in den vielfältigen Praktiken von der sexuellen Beziehung über die Kinderbetreuung bis zur beruflichen

Ausbildung, die Fähigkeiten zur Organisation und Lenkung des Produktionsapparats und der Koordination und Kooperation vieler Menschen, die Verwaltung und Verteilung der Güter, die Kontrolle ihrer Qualität, die Formen und das Maß des Konsums oder das Sparen und der Kredit. Über die Momente des ökonomischen Kreislaufs hinaus konstituieren die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gesellschaftliche Verhältnisse, die eine gewisse Autonomie erlangen, weil ihre Handlungslogik sich nicht primär an ökonomischen Gesichtspunkten des Gewinns orientiert: das gesellschaftliche Naturverhältnis, die Politik, das Recht, die Familien, die Religion, die Kunst oder die Wissenschaften. Mit ihrer spezifischen Autonomie sind auch sie Elemente des umfassenden Reproduktionskreislaufs der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Zwischen der Reproduktion des Kapitals und der Reproduktion der autonomen gesellschaftlichen Bereiche besteht trotz Autonomie ein inneres Abhängigkeitsverhältnis, das sich daraus ergibt, dass keiner dieser Bereiche sich über längere Zeit reproduzieren kann, wenn er nicht selbst wiederum durch gesellschaftliche Arbeit reproduziert würde. Alle diese Bereiche können von der Krisendynamik in den Produktionsverhältnissen und in der Reproduktion des Kapitals allmählich erfasst werden. Ein wesentliches Moment von Herrschaft besteht darin, zu verhindern, dass die Krisendynamik von einem Bereich auf andere übergreift und dadurch jeweils noch verschärft wird. Mit der Autonomie der verschiedenen Handlungsfelder der Gesellschaft wird versucht, Ruhe- und Normalitätszonen zu schaffen, von wo aus solche grundlegenden Krisentendenzen immer wieder bewältigt werden können. Doch sind diese Bereiche in ihrer spezifischen Autonomie und in ihrer internen Reproduktion selbst Konfliktzonen, in denen Auseinandersetzungen über die Organisation der Praxis und das Verhältnis zu anderen autonomen Bereichen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs ausgetragen werden. Aus diesen Konflikten können wiederum selbst spezifische Krisendynamiken entstehen, die ihrerseits auf den Gesamtkreislauf übergreifen und ihn in seiner Reproduktion stören können.

Die durch kapitalistisch organisierte Naturaneignung verursachten sozial-ökologischen Krisenprozesse verlaufen über einen langen Zeitraum, phasenweise nahezu unbemerkt, können dann allmählich zunehmen und sich zu einem späteren Zeitpunkt drastisch beschleunigen und andere Bereiche der Natur oder der Gesellschaft nachhaltig in ihrer Reproduktion beeinträchtigen. Da die Krisenprozesse spezifischen Rhythmen folgen und sich auch räumlich sehr unterschiedlich manifestieren, wird die Gesamttendenz nicht als ein krisenhafter Prozess wahrgenommen. Doch mit der Beschleunigung des Prozesses und immer weiter um sich greifenden Auswirkungen – Abschmelzen des Polareises oder der Gletscher, Erhöhung des Meeresspiegels

und Wassermangel, Erwärmung der Ozeane, die daraus sich ergebende Verringerung der Fischbestände oder die Freisetzung von Methan – verstärken sich die negativen Folgen und können sich in unkalkulierbaren Turbulenzen in einer Vielzahl von gesellschaftlichen Bereichen verdichten: Migration, Zerstörungen aufgrund von häufigeren Stürmen, unvorhergesehene Überflutungen durch Regen. Durch die zeit-räumlichen Verschiebungen kulminieren die Krisendynamiken zumeist nicht zu *einem* Zeitpunkt und können deswegen auch voneinander getrennt und selektiv bearbeitet werden. Doch unkalkulierbar kommt es zu Konstellationen, in denen verschiedene Krisendynamiken zusammentreffen, sich wechselseitig verstärken und beschleunigen.

In diesem Beitrag wollen wir der Frage nachgehen, inwiefern das auch für die aktuelle Krise zutrifft. Wir wollen argumentieren, dass wir gegenwärtig eine historische Konstellation der multiplen Krise erleben. Wie andere Autoren (Altvater 2009; Brand 2009; Candeias 2009; Wolf 2009) wollen wir darauf hinweisen, dass die aktuelle Krisendynamik des Kapitalismus nicht auf die Wirtschafts- und Finanzkrise beschränkt ist, sondern auch weitere Krisen wie die der Energieversorgung, des Klimas oder der Nahrungsmittelversorgung umfasst.

Unter dem Begriff der multiplen Krise verstehen wir dabei eine historisch-spezifische Konstellation verschiedener sich wechselseitig beeinflussender und zusammenhängender Krisenprozesse im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus. In unserem Beitrag betrachten wir dabei vier von uns als zentral angesehene Krisenkomplexe: die Krise der finanzdominierten Akkumulation (2.1), die sozial-ökologische Krise (2.2), Dauerkrisen der Reproduktion (2.3) sowie die Krise der parlamentarischen Demokratie (2.4). Die derzeitige Krisenkonstellation ist innerhalb der Kräfteverhältnisse des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zu verorten, sie kann als eine Zuspitzung von Widersprüchen der globalen Entwicklung des neoliberalen Kapitalismus analysiert werden.

Die Krisen sind dem Neoliberalismus nicht äußerlich, sondern sind Resultate der mit diesem verbundenen Herrschaftsverhältnisse, Kräfteverhältnisse und Konflikte und haben darin ihren inneren Zusammenhang. Innerhalb des Neoliberalismus konnte zwar die Krise der fordistischen Gesellschaftsformation seit den 1970er Jahren bearbeitet und eine neue Phase kapitalistischer Vergesellschaftung durchgesetzt werden. Dadurch wurden jedoch selbst neue Widersprüche erzeugt, bereits vorhandene Widersprüche in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen verstärkt und so eine neue gesamtgesellschaftliche Krisendynamik bewirkt. Gleichzeitig bedeutet das Auftreten von Krisen und Widersprüchen im Neoliberalismus keinen Bruch mit der neoliberalen Phase des Kapitalismus. In den letzten Jahrzehnten ist es

immer wieder gelungen, Krisen für die Ausweitung der neoliberalen Herrschaftsformation nutzbar zu machen.

Der Begriff der multiplen Krise zielt zunächst auf eine krisenanalytische Perspektive, die versucht Zusammenhänge und Dynamiken zentraler Krisenprozesse zu erfassen. Ob diese Verschränkung unterschiedlicher Krisentendenzen dabei zu einer Systemkrise im Sinne einer umfassenden Krise der kapitalistischen Gesellschaftsformation führt, ist mit dem Begriff der multiplen Krise noch nicht beschrieben. Ebenso ist offen, ob die multiple Krise zu einer Struktur- oder Hegemoniekrise der derzeitigen Phase des Kapitalismus, des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus, führt.

## **2. Zentrale Krisendynamiken der multiplen Krise**

### **2.1 Krise der finanzdominierten Akkumulation**

Die die kapitalistischen Zentren seit 2007 ergreifende Krise der Finanzmärkte ist keine reine Finanzkrise, vielmehr artikulieren sich in ihr Widersprüche des neoliberalen Finanzmarktkapitalismus: seine Unfähigkeit, die Tendenz zur Überakkumulation von Kapital, Blasen und Krisen im Finanzmarkt oder Überproduktionen und Nachfrageschwächen zu verhindern. Die finanzmarktdominierte Akkumulation ist von Widersprüchen und Krisentendenzen geprägt, die konjunkturelle, aber auch umfassende Krisen hervorbringen (können). Bei der derzeitigen Krise handelt es sich um eine tiefgreifende Krise, deren Lösung eine grundlegende Transformation der gegenwärtigen Produktions- und Lebensweise voraussetzen würde.

Nach Robert Brenner (2003) stellt die Überakkumulation, d.h. der Überschuss an Kapital und Arbeit, einen krisenhaften Widerspruch dar, mit dem der globale Kapitalismus seit den 1970er Jahren konfrontiert ist. In Folge dieser Überakkumulation kam es zu Krisenprozessen des fordistischen Nachkriegskapitalismus, die sich im Aufbau von Überkapazitäten, Nachfrage- und Akkumulationsschwächen im industriellen Sektor sowie einer Erschöpfung der intensiven Akkumulation (Akkumulation durch die Kopplung der auf Produktivitätszuwächsen basierenden Massenproduktion mit dem Massenkonsum, womit auch eine bestimmte Lebensweise der Lohnabhängigen einherging; vgl. Sablowski 2009) äußerten. Seit den 1970er Jahren setzten sich neoliberale Kräfte durch mit permanenter Propaganda über die Vorzüge des Marktes, durch systematische Politikbeeinflussung (think tanks) und Absicherung marktwirtschaftlicher Reformen durch institutionelle Verankerung. Sie dominierten die Krisendeutung und das Krisenmanagement. Mit der neoliberalen Politik ging eine weitere Veränderung der

gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu Lasten der Lohnabhängigen und der Übergang zu einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung einher. Sie zeichnet sich durch eine zentrale Rolle der Finanzmärkte für die Akkumulationsdynamik aus (vgl. Chesnais 2004). Umverteilungen und Privatisierungen sowie Deregulierungen und Liberalisierungen als politischer Rahmen haben zu einem starken Wachstum der Finanzmärkte und zur Dominanz neuer Kapitalfraktionen beigetragen. So wurde die weitere Globalisierung des Kapitals ermöglicht und eine extensive Akkumulation, d.h. eine Ausdehnung und Flexibilisierung der Arbeitszeit und Zerstörung nicht-kapitalistischer Produktionsformen durchgesetzt (vgl. Sablowski 2009).

Zwar konnten hohe Profite erzielt werden, aber die weltweite Wachstumsdynamik wurde zunehmend durch spekulative Finanzblasen und eine Ausweitung des Kredits (basierend auf privater und öffentlicher Verschuldung) getragen (vgl. Foster/Magdoff 2009). Einige AutorInnen argumentieren, dass die beschleunigte Akkumulation im Finanzsektor einerseits Folge der *Akkumulationsschwäche im industriellen Sektor* ist, andererseits aber auch zu ihr beiträgt, indem hohe Renditeansprüche die industrielle Akkumulation weiter schwächen. Da die Finanzmärkte nicht unabhängig von der Erwirtschaftung »realer« Profite sind, führte das Anwachsen der Finanzmärkte bei gleichzeitiger Schwächung der industriellen Akkumulation verstärkt zu Blasen und Krisen im Finanzsektor (Foster/Magdoff 2009: 20).

Die Globalisierung des Kapitals im Zuge der neoliberalen Krisenbearbeitung und einer damit einhergehenden Stärkung der transnationalen Fraktion des Finanzkapitals hat zu einer Aneignung neuer dynamischer Räume kapitalistischer Akkumulation geführt. Diese bringen jedoch selbst Überschüsse hervor und verstärken somit die Tendenzen von Überakkumulation und Überproduktion, zu deren Absorption sie eigentlich beitragen sollten (Harvey 2004: 188). Gleichzeitig ist die Fähigkeit der USA, die Überschüsse der Exportnationen durch kreditfinanzierte Nachfrage zu absorbieren, an ihre Grenzen geraten. Dadurch wird die Tendenz zur Entstehung von Überkapazitäten verstärkt, die sich aktuell in Krisen u.a. der Bau-, Automobil-, Elektro- und Transportbranchen äußern (vgl. Wolf 2009).

Auf die Stagnationskrise in den 1970er Jahren reagierten die dominanten Kapitalfraktionen mit der Durchsetzung extensiver Akkumulation und einem Angriff auf die national-staatlich basierten Klassenkompromisse, in Form von Lohnsenkungen, Abbau des Sozialstaates u.a. Aus dieser Krisenlösung resultiert jedoch langfristig eine *Nachfrageschwäche*. Diese wurde durch eine enorme Ausweitung des Kredits und eine steigende Verschuldung der Privathaushalte kompensiert, die wesentlich zur gegenwärtigen Krise beitragen (Foster/Magdoff 2009: 26).

Sinkende Lohnquoten, kreditabhängige Nachfrage, Aufbau von Überproduktionen sowie sinkende Profitraten stellen die *strukturellen* Ursachen der gegenwärtigen Krise des neoliberalen Kapitalismus dar. Der Ausbruch der Krise und ihre spezifische Dynamik lassen sich jedoch nur verstehen, wenn auch konjunkturelle Ursachen berücksichtigt werden, die mit der Krisenbearbeitung der New Economy-Krise in den USA zusammenhängen: Nach dem Zusammenbruch der New-Economy-Spekulation seit 2001 wurde durch Zinssenkungen, Steuererleichterungen, spekulative Finanzinnovationen und erleichterte Kredit- und Hypothekenaufnahme ein kreditfinanzierter Boom ausgelöst, der mit einer weiteren Aufblähung der Finanzmärkte einherging. Dabei sind auf Grund des erwarteten Booms des Immobilienmarktes und der höher verzinsten Kredite auch so genannte Subprime-Hypotheken vergeben worden, das heißt, Kredite an Menschen ohne Ersparnisse, ohne regulären Job und ohne ausreichendes Einkommen (vgl. Sablowski 2009). Dies führte vor allem in den USA zu einer die Finanzbranche destabilisierenden Krisendynamik, da angesichts von zunehmender Arbeitslosigkeit, sinkenden Löhnen und steigenden Zinsen nach der Boomphase ein größerer Teil der Lohnabhängigen die Zinsforderungen nicht bedienen konnte. Die Zahlungsausfälle auf dem Hypothekenmarkt leiteten die weltweite Finanzmarktkrise ein. Im weiteren Verlauf kam es schließlich zu einer Kreditklemme und deutlichen Nachfrageeinbrüchen in der Güterproduktion, es entwickelte sich die tiefste weltweite Wirtschaftskrise seit den 1930er Jahren (vgl. Foster/Magdoff 2009).

## 2.2 Sozial-ökologische Krise

Seit mehreren Jahrzehnten spitzt sich eine sozial-ökologische Krise zu, ein Komplex unterschiedlicher, miteinander verbundener Dynamiken der Klima-, Energie- und Ressourcenkrise, einer Krise der bäuerlichen Landwirtschaft und Ernährungskrise. Dieser Betrachtung der sozial-ökologischen Krise liegt die Annahme zu Grunde, dass Natur und Gesellschaft in einem konstitutiven und nicht in einem äußerlichen Verhältnis zueinander stehen (vgl. Görg 2003: 40). Um sich zu reproduzieren, organisieren Gesellschaften Energiegewinnung, Nahrungsmittelproduktion oder Mobilität auf eine bestimmte Art und Weise und gehen in diesen Bereichen spezifische Verhältnissen mit der Natur ein. Vor diesem Hintergrund kann von einer umfassenden Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse gesprochen werden (Görg 2004: 206f.).

Die *Klimakrise* (vgl. Brunnengräber/Dietz in diesem Band) nimmt ihren Ausgang mit der industriellen Revolution vor ca. 250 Jahren und hat durch den im Fordismus sprunghaft ansteigenden Ausstoß von Treibhaus-



gasen stark an Dynamik gewonnen. Zwar handelt es sich im Kern um eine Menschheitskrise, von ihren zum Teil tödlichen Folgen sind vorläufig aber vor allem Menschen auf der Südhalbkugel betroffen.

*Ernährungskrise* und die *Krise der bäuerlichen Landwirtschaft* (vgl. Bello 2010) greifen stark ineinander. Im Jahr 2009 waren über eine Milliarde Menschen von Hunger betroffen, 2007/2008 gab es in 40 Ländern der Welt Hungerrevolten. Die Verdrängung der bäuerlichen durch die industrielle Landwirtschaft trägt ihren Anteil daran. Ihrer Lebensgrundlage beraubt, wandern die Menschen in die Städte ab. Die Monokulturen der industriellen Landwirtschaft zerstören lokale Lebensräume. Exportorientierung und preistreibende Spekulation auf Nahrungsmittel erhöhen die Anfälligkeit für Ernährungskrisen. Die Klimakrise verschärft die Ernährungskrise, lebenswichtige Ressourcen wie sauberes Trinkwasser und fruchtbarer Boden nehmen ab. Aus Folgewirkungen werden auf diese Weise Ursachen für neue Krisendynamiken. So kommt es zu massiver Migration und einem starken Anwachsen von Megacities wie Bangkok oder São Paulo, in deren Armenvierteln sich soziale und ökologische Probleme konzentrieren. Dazu gehören die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, überlastete Verkehrswege, Umweltverschmutzung, Arbeitslosigkeit, Kriminalität oder Wohnungsmangel.

Auch fossile Energieträger und wichtige Metalle werden knapp, die Konkurrenz um Zugang und Kontrolle der Vorkommen nimmt zu. Der Rohstoffrat der Bundesregierung, der Strategien zur »Rohstoffsicherung« entwickeln soll, ist Teil der herrschaftsförmigen Bearbeitung dieser Krise, ebenso der Bau neuer Atomkraftwerke und Tiefseebohrungen, verbunden mit Gefahren für die Artenvielfalt oder die Nahrungskette. Da weiterhin an einer auf fossilen Energieträgern basierenden Produktions- und Entwicklungsweise festgehalten wird, ist die Ressourcenkrise auch eine *Energiekrise* (vgl. Altvater 2009).

Neben der »alltäglichen« Umweltzerstörung durch den kapitalistischen Produktionsprozess tragen zunehmend die Folgeerscheinungen der Klimakrise zur Zerstörung der natürlichen Lebensräume bei. Immer mehr Pflanzen- und Tierarten sind vom Aussterben bedroht. In der *Krise der Biodiversität* intensivieren Unternehmen die Ausbeutungstechniken (zum Beispiel Schleppfischerei) oder patentieren zunehmend genetische Ressourcen. Diese Praxis ist jedoch, ebenso wie die Verfügung über natürliche Lebensräume z.B. im Amazonasgebiet, Gegenstand von Konflikten und Widerstand. Weltweit hat sich eine Vielzahl von lokalen Initiativen und globalen sozialen Bewegungen herausgebildet, wie etwa die Bewegung für Klimagerechtigkeit oder Ernährungssouveränität.

Die kapitalistische Globalisierung hat den globalen Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß immer weiter ansteigen lassen, u.a. durch die Expansion industrieller Landwirtschaft, lange Transportwege, die Entwicklung der ressourcenintensiven I&K-Technologien und verkürzte Produktionszyklen. Mit dem Fordismus ging bereits eine Umwälzung der Lebens- und Konsumweisen einher, die zu einer gesteigerten Ressourcenvernutzung, Spurengas- und Abfallproduktion führte. Die immanenten Grenzen dieser fossilistisch-industriellen Produktions- und Lebensweise traten schon in den 1970er Jahren mit der Klimaerwärmung, der Gefahrentechnologie Atomkraft und der Abhängigkeit vom Öl deutlich zu Tage.

Im Zuge einer neoliberalen »passiven Revolution« (Gramsci) wurde das Krisenmanagement selbst auf die Entwicklung »marktfreundliche[r] Lösungswege« ausgerichtet (Görg 2004: 199). Die anhaltende Akkumulationskrise und die daraus resultierende Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten strukturieren in hohem Maße die gesellschaftlichen Naturverhältnisse: durch Formen der »Akkumulation durch Enteignung« (vgl. Harvey 2004), die auf »Inwertsetzung« und Privatisierung natürlicher Ressourcen beruhen, und die Ausdehnung der fossilistisch-kapitalistischen Industrialisierung und Lebensweise auf andere Weltregionen. Auch die sozial-ökologische Krise selbst wird für die Kapitalverwertung nutzbar gemacht: CO<sub>2</sub>-Emissionen, die Verknappung und Beschädigung von Ressourcen wie Wasser und Luft werden in »Märkte« verwandelt und somit zu neuen Akkumulationsfeldern (Chesnais/Serfati 2004: 258). Viele Einrichtungen wie die Konvention über die biologische Vielfalt sind eher von der Tendenz zu einer Kommerzialisierung der Natur gekennzeichnet als von einer angemessenen Reaktion auf den Verlust von Artenvielfalt und Lebensräumen (vgl. Görg 2003: 39).

Das herrschaftsförmige Krisenmanagement konnte die Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse bisher nicht entschärfen. Technik- und steuerungsoptimistisch zielt das globale Umweltmanagement allein auf die Kontrolle von Risiken und Folgekosten, nicht auf die Beseitigung der Ursachen (vgl. Brand 2009: 476). Die selektive Bearbeitung verursacht neue krisenhafte Entwicklungen, etwa wenn versucht wird, der Energiekrise durch die politische Förderung von Agrofuels entgegenzuwirken. Der massenhafte Anbau von Ölpflanzen verschärft die Ernährungskrise und treibt die Industrialisierung der Landwirtschaft und die Enteignung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft voran. Das Krisenmanagement wird somit selbst zu einem untrennbaren Bestandteil der Krisendynamik.

### 2.3 Dauerkrisen der Reproduktion

Wachsende Profite und hohe Renditen wurden im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus maßgeblich durch neue Akkumulationsstrategien und eine marktorientierte Reorganisation unterschiedlicher gesellschaftlicher Bereiche ermöglicht. In Folge der direkten und indirekten Auswirkungen dieser neoliberalen Transformationsprozesse haben in den letzten Jahren in zahlreichen Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion Widersprüche zugenommen und sich zu Krisentendenzen verdichtet: in den Arbeits- und Lebensverhältnissen, den Geschlechterverhältnissen, der Stadtentwicklung, dem Bildungssystem oder der Gesundheitsversorgung. Auch wenn sich Krisendynamiken in relativ autonomen gesellschaftlichen Bereichen entwickeln, bilden sie einen Krisenzusammenhang. Dieser wird maßgeblich durch die direkten und indirekten Auswirkungen einer zunehmenden Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen, der Privatisierung und marktorientierten Reorganisation zuvor öffentlich organisierter Bereiche sowie der politisch beabsichtigten Unterfinanzierung und Erosion der öffentlichen Infrastrukturen hervorgebracht.

Unter dem Druck verschärfter Konkurrenz auf dem Weltmarkt sowie des kapitalmarktorientierten Steuerungsmodells des Shareholder Value werden Unternehmen marktförmig reorganisiert (vgl. Sablowski 2009). Das führt aus der Perspektive der Beschäftigten zu massiven Krisentendenzen in der Arbeit: Sie werden permanentem internen Wettbewerb und Umstrukturierungen in der Arbeitsorganisation ausgesetzt, Löhne werden gesenkt, soziale Leistungen gekürzt, Arbeitszeiten verlängert und flexibilisiert. Die Folgen sind massive Umbrüche in den Lebensweisen der unteren und mittleren Klassen: existentielle Unsicherheit und Armut (trotz oder ohne Lohnarbeit), eingeschränkte Möglichkeiten der Lebensplanung, Zunahme belastungsbedingter Krankheiten. Es kommt zu Erschöpfungs- und Belastungskrisen der Subjekte.

Die krisenhaften Umbrüche in der Sphäre der Lohnarbeit und die Auswirkungen der zunehmenden Privatisierung sozialer Versorgung und Absicherung infolge des Abbaus des Sozialstaates tragen zur Krise der Reproduktionsarbeit bei. Im Zuge der Privatisierung öffentlich-staatlich organisierter Betreuungs- und Pflegearbeit werden verstärkt Aufgaben in die Familien und individuelle Verantwortung verschoben (vgl. Brodie 2004). Zugleich ist aber die Reproduktion dieser sozialen Zusammenhänge (u.a. durch die Auswirkungen von Prekarisierung und verstärkten Belastungen durch Lohnarbeit) individuell und in den Familien oft nicht mehr ohne weiteres gewährleistet. Unbezahlte Reproduktionsarbeit ist angesichts der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen nur durch verstärkte Dreifachbelastungen von Frauen und

um den Preis alltäglicher Überlastungskrisen zu leisten, sodass »Reproduktionslücken« und Spannungen in den Beziehungen und Familien entstehen (vgl. Jäger/König in diesem Band). Der Krise der unbezahlten Reproduktionsarbeit wird entgegengewirkt, indem Hausarbeit an (niedrig entlohnte) HausarbeiterInnen, zumeist Migrantinnen, übertragen wird. Diese Lösung kommt jedoch nur für einkommensstarke Familien der Mittelklasse in Frage. Dennoch trägt sie als klassen- und geschlechterspezifische Form der Krisenbearbeitung dazu bei, dass sich die Reproduktionskrise in der Mittelklasse der Industrienationen nicht zuspitzt. Gleichzeitig wird die »Fürsorgekrise« so in die Herkunftsländer der MigrantInnen verlagert, es entstehen »transnationale Betreuungsketten«, an deren Ende die »globale Fürsorgekrise« prekäre Lebensbedingungen von Frauen und Kindern in Ländern des Südens verschärft (vgl. Widding u.a. 2009).

Die Organisation von Fürsorgearbeit als prekäre Lohnarbeit und die Inwertsetzung reproduktiver Sektoren wie Gesundheitsversorgung und Pflege tragen aber auch selbst zu den Krisentendenzen der Reproduktion bei. Die Arbeitsabläufe werden zunehmend rationalisiert. Wenn jeder Handgriff unter Zeitdruck stattfindet und mit Kostenziffern erfasst wird, untergräbt die warenförmige Organisation zunehmend den spezifischen Gebrauchswert von Fürsorgearbeiten.

Die Widersprüche der ineinandergreifenden marktförmigen Reorganisation und Privatisierung einerseits sowie der Unterfinanzierung nicht-rentabler Bereiche andererseits führen zu einer Zunahme von Krisentendenzen in verschiedenen Bereichen der gesellschaftlichen Infrastruktur. So kommt es im Bildungssystem auf Grund von Personalkürzungen sowie der zunehmenden Rationalisierung von Lehr- und Lernprozessen zu Qualitätsverlusten. Der Widerspruch, dass Bildungsabschlüsse weder quantitativ noch qualitativ direkt mit den kapitalistischen Erfordernissen kompatibel sind, spitzt sich zu. Investitionen in die Formierung von Arbeitskraft werden von den Unternehmen als renditeschädlich betrachtet, gleichzeitig soll der Ausbildungs- und Bildungsprozess selbst verstärkt Kapital verwerten und Renditen abwerfen. Auch in anderen Bereichen der gesellschaftlichen Infrastruktur führen Privatisierungen oft zu Qualitätsverlusten, da auf Grund kurzfristiger Profitstrategien an Instandhaltung- und Erneuerungsinvestitionen gespart wird, nicht-rentable Bereiche eingeschränkt oder ausgelagert werden. Für wachsende Teile der unteren und mittleren Klassen bedeutet die Tendenz zum Verfall nicht-rentabler gesellschaftlicher Infrastrukturen wachsende finanzielle Belastungen (z.B. durch steigende Wasser- oder Energiepreise), Mobilitätsverluste und Einschränkungen bei Bildungsmöglichkeiten, Freizeitgestaltung oder Gesundheitsversorgung.

Diese bereits seit mehreren Jahren zunehmenden Krisenelemente in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, die wichtig für die Reproduktion der Arbeitskraft und der gesellschaftlichen Infrastruktur sind, können zugespitzt als Dauerkrisen der Reproduktion im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus bezeichnet werden. Da sie die unteren und mittleren Klassen betreffen, führen sie zu einer Zunahme gesellschaftlicher Ungleichheit. Krisentendenzen in spezifischen gesellschaftlichen Bereichen können jedoch ihrerseits übergreifende Krisenprozesse hervorbringen und – wenn sie sich verstärken und dynamisieren – zu Krisen im Gesamtkreislauf der Reproduktion führen. Das Zusammenwirken von Prekarisierung und Erschöpfungskrisen, Krisentendenzen in Bildung und Gesundheitsversorgung, »Reproduktions- und Fürsorgekrisen« in Familien und sozialen Beziehungen kann mittelfristig zu einer Krise der Reproduktion der Arbeitskraft führen. Die Krisentendenzen haben schon jetzt negative Folgen für Kreativität und Produktivität der Arbeitenden, sie verursachen Folgekosten u.a. für die Behandlung von Krankheiten.

#### **2.4 Krise der parlamentarischen Demokratie**

Eine schleichende Krise der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie ist in vielen Ländern längst zur Normalität geworden. Die Wahlbeteiligung stagniert oder geht zurück, Parteien und Verbände verlieren an Mitgliedern. Seit über einem Jahrzehnt wird für die Bundesrepublik eine wachsende Distanz zwischen Regierenden und Regierten beobachtet: Immer weniger Menschen trauen der politischen Elite eine Lösung der gesellschaftlichen Probleme zu. Die Rede ist von einem zunehmenden »Vertrauensverlust« in die »wirtschaftliche und politische Grundordnung« insgesamt (Bertelsmann-Stiftung 2009: 3). Während die Krise der Demokratie oft auf einen Mangel an Führungsfähigkeit der politischen Elite zurückgeführt und damit auf ein Vermittlungsproblem reduziert wird, kann aus kritischer Perspektive eine tiefgreifende Veränderung von Herrschaftsausübung im neoliberalen Kapitalismus als Moment der Krisendynamik festgestellt werden.

Im Zuge der Durchsetzung des Neoliberalismus als Projekt einer systematischen »Restauration der Klassenmacht« des Kapitals (Harvey 2007: 42) kam es seit Ende der 1970er Jahre zu einer massiven Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und zu einer Transformation des Staates. In der »Postdemokratie« (Crouch 2008) bleiben die demokratischen Institutionen und Verfahren formell weitgehend bestehen, während zugleich die politischen Entscheidungsprozesse entdemokratisiert werden. Staatliches Handeln wird an dem Ziel der Verbesserung von Investitionsbedingungen und Förderung von Wettbewerbsfähigkeit in der internationalen Standort-

konkurrenz ausgerichtet, die Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates werden zu Gunsten der Interessen der transnational orientierten Kapitalfraktionen verschoben, auf eine stabile, sozialstaatlich verankerte Einbindung der Lohnabhängigen wird verzichtet (vgl. Demirović 2010). Durch die flexible Verlagerung von Entscheidungsprozessen in informelle Gremien, supranationale Institutionen oder transnationale staatlich-private Netzwerke wird die Stellung der nationalen Parlamente und der Parteien geschwächt. Die Repräsentationsbeziehungen der verschiedenen Gruppen der Lohnabhängigen im Staat, die über die Parteien, die Verwaltung und zivilgesellschaftliche Organisationen (wie Gewerkschaften, Verbände) organisiert sind, werden geschwächt oder gekappt (vgl. ebd.).

Im Zuge veränderter Klassenverhältnisse und Lebensweisen im neoliberalen Kapitalismus lösten sich auch die stabilen Repräsentationsbeziehungen zwischen den unteren und mittleren Klassen und den (Volks-)Parteien zunehmend auf (vgl. Bischoff/Detje 2009). Dies geht über einen »Vertrauensverlust« weit hinaus und entspricht eher einer Krise der Repräsentation oder sogar einer Tendenz zur politischen Krise: An die Stelle sozialstaatlicher Einbindung und demokratischer Repräsentation der mittleren und unteren Schichten tritt die flexible und partielle Einbindung von jeweils sich ändernden Teilen des Kleinbürgertums und der ArbeiterInnenklasse in die Strategien des neoliberalen Machtblocks (vgl. Demirović: 2008). Teile der sozialdemokratischen und linken Parteien wurden durch den neoliberalen Block integriert (so ging das Schröder-Blair-Projekt einer »neuen Sozialdemokratie« mit der offensiven Abwendung von »traditionellen« WählerInnenschichten aus der ArbeiterInnenklasse und der Ausrichtung der Politik an einer »neuen Mitte« einher). Zunehmende soziale und politische Widersprüche der Durchsetzung des neoliberalen Projekts haben in den letzten zehn Jahren jedoch zu einer Ausweitung der Repräsentationskrise geführt. Die neoliberale Politik der Umverteilung des Reichtums, der De-Regulierung und Privatisierung stößt auf zunehmende Ablehnung. Besonders die Volksparteien geraten so unter Druck: Sie verlieren kontinuierlich an Mitgliedern und Zustimmung.

Auch wenn mit der Krise der politischen Repräsentation eine Zunahme von Widersprüchen einhergeht, ist sie nicht mit einer politischen Krise des neoliberalen Machtblocks (vgl. Demirović in diesem Band) oder einer Schwächung der dominanten Kapitalfraktionen gleichbedeutend: Diese sind derzeit angesichts der Schwäche der Gegenkräfte kaum auf Zugeständnisse angewiesen. Zudem zielte der Umbau des Staates zum »transnationalen Netzwerkstaat« gerade darauf, die herrschenden Klassenfraktionen von der Notwendigkeit zu Hegemonie und Konsens unabhängiger zu machen (vgl.

Demirović 2010: 73f.). Die erodierende Repräsentation durch Parteien wird zunehmend durch flexiblere Formen der Repräsentation und medial vermittelte, kampagnenförmige Konsensproduktion ersetzt.

Krise der Repräsentation bedeutet jedoch auch, dass die Zustimmungsbasis von Herrschaft geschwächt wird, sich das Alltagsbewusstsein im Wandel befindet und die Beziehungen zwischen dem Machtblock und Teilen der unteren Klassen widersprüchlicher und konflikthafter werden. Dies ist jedoch selbst ein widersprüchlicher und vielseitig umkämpfter Prozess: Teile des Bürgertums treten offen für eine stärkere Unabhängigkeit politischer Entscheidungen von schwankenden Wählerwillen und eine Einschränkung von demokratischer Repräsentation und Beteiligung auf Teile der schrumpfenden Mittelklassen (die »Leistungsträger«) ein. In der Lücke der Repräsentation der fragmentierten unteren und mittleren Klassen gewinnen auch im Zuge der Auswirkungen der Wirtschaftskrise nationalistische, rassistische oder autoritäre religiöse Bewegungen und Parteien an Boden (vgl. Kaindl 2009). Durch weitere Entdemokratisierung staatlicher Prozesse und die Formierung postdemokratischer und autoritärer Politikstrategien kann die Repräsentationskrise herrschaftsförmig bearbeitet werden, wie besonders drastisch das Beispiel Italien zeigt. Gleichzeitig stellt die Repräsentationskrise ein Terrain für prekäre Ansätze neuer Klassenformierung von unten dar (vgl. Röttger 2007). Solange es nicht zu einer grundlegenden Veränderung der Kräfteverhältnisse kommt, können die Krisentendenzen jedoch durch eine Entdemokratisierung des Staates und autoritäre Politikformen bearbeitet werden, die Krise der Repräsentation wird selbst zur »essentiellen Bewegungsform« (Rilling 2010: 1) staatlicher Herrschaftsausübung im Neoliberalismus, die mit einer Dauerkrise der Demokratie einhergeht.

### **3. Ausblick**

Das Krisenmanagement der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 versucht, die gestörten Kreisläufe durch staatliche Eingriffe zu stabilisieren. Der neue Staatsinterventionismus als Form der Krisenbearbeitung durch Konjunkturprogramme, Stützung des Finanzsektors durch Teilverstaatlichung und Niedrig-Zins-Politik ist restaurativ. Er bewegt sich im Rahmen der neoliberalen Kräfteverhältnisse und zielt auf eine Stabilisierung der krisenhaften finanzdominierten Ökonomie (vgl. Demirović 2009). In Deutschland ist dies bislang in der Tat gelungen: Der wirtschaftliche Abschwung wurde aufgehalten, die massive Entwertung von Vermögenstiteln und eine lang anhaltende finanzielle Instabilität konnten verhindert werden. Gleichzeitig wurden je-

doch die wesentlichen Krisenursachen der Akkumulationsdynamik im neo-liberalen Finanzmarktkapitalismus fortgeschrieben: das Shareholder Modell der Inwertsetzung von Unternehmen, die Abhängigkeit der Akkumulation von massiver privater und staatlicher Verschuldung, die Ausdehnung des Kredits und die Aufblähung der Finanzmärkte bleiben ebenso bestehen wie Überkapazitäten und Nachfrageschwäche (vgl. Candeias in diesem Band).

Zugleich hat das staatliche Krisenmanagement neue, miteinander verkettete Krisendynamiken ausgelöst: Die massive Kapitalentwertung auf den Finanzmärkten und in wichtigen Industriesektoren konnte nur um den Preis einer Verschiebung und Ausweitung der Krisentendenzen auf die Staaten verhindert werden. Durch die Ausweitung des öffentlichen Kredits und die Übertragung von Risiken und Verlusten des Finanzsektors auf die Bilanzen der öffentlichen Haushalte kam es zu einer weltweiten Explosion der Staatsverschuldung und einer »Schuldenkrise der öffentlichen Finanzen« (Bischoff 2010: 23).

Drohende Staatspleiten in der EU und die Spekulation mit Staatsanleihen treiben die Währungsstabilität des Euro in die Krise. Die zur Voraussetzung für Zahlungen aus dem Euro-Rettungsfonds und vom IWF gemachten massiven Haushaltskürzungen stellen eine Radikalisierung des neoliberalen Kurses dar. Die Sparprogramme treffen vor allem die Sozialsysteme sowie den öffentlichen Sektor. Sie tragen so zu einer Verschlechterung und weiteren Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der unteren Klassen bei und führen zu einem zunehmend als krisenhaft erlebten Alltag. Gleichzeitig entstehen Proteste und Widerstand, wie die Generalstreiks in Griechenland oder Frankreich zeigen. Die Sozialproteste könnten zu einem verstärkten Zustimmungsverlust gegenüber dem herrschenden neoliberalen Block und in einigen EU-Staaten zu politischen Krisen führen – und damit auch zu einer Zunahme der Konflikte um das neoliberale Krisenmanagement auf europäischer Ebene.

In der Wirtschafts- und Finanzkrise nimmt die Konkurrenz zwischen den Staaten zu, mit weitreichenden Folgen. So werden die Konflikte um den Zugang zu Rohstoffen und Energieressourcen härter. Die restaurative Krisenbearbeitung der ökonomischen Krise wirkt tendenziell verstärkend auf die sozial-ökologischen Krisendynamiken: Die Subvention der Automobilindustrie durch die Abwrackprämie verschärft die Klima-, die Kürzung der Entwicklungshilfe die Ernährungskrise. Das Krisenmanagement der sozial-ökologischen Krise ist selbst in der Krise. Die in der internationalen Klima- und Umweltpolitik beschlossenen politischen Regelungen (wie CO<sub>2</sub>-Emissionshandel und Klimafonds) sind nicht in der Lage, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in ausreichendem Maße zu verringern, die tiefgreifenden Ursachen der Kli-



makrise zu erfassen und setzen daher die verheerende Dynamik des Klimawandels zu Lasten der Menschen im globalen Süden fort.

Das Krisenmanagement der multiplen Krise stellt ein widersprüchliches Ineinandergreifen von Strategien der Bearbeitung und Nicht-Bearbeitung von Krisen, ihrer Thematisierung und Dethematisierung dar. Die Krisen werden erst dann bearbeitet, wenn Teile der Herrschenden ihre (kurz- oder mittelfristigen) Interessen bedroht sehen oder mit ihnen Gewinnerwartungen verbinden können. Zudem wird versucht, die Krisen voneinander zu trennen und zu kontrollieren, ein Übergreifen von einem Bereich in andere zu verhindern. Es handelt sich um eine selektive Bearbeitung, die innerhalb der Formen von Markt und Staat systematisch nicht in der Lage ist, die komplexen Krisenzusammenhänge und -ursachen der multiplen Krise aufzulösen. Dadurch entstehen beständig neue Widersprüche.

Aus dieser Perspektive bleibt offen, ob es tatsächlich dauerhaft gelungen ist, die Dynamik der finanzdominierten Akkumulation wieder in Gang zu setzen oder ob es sich nur um eine vorläufige Stabilisierung durch Verschiebung von Krisenprozessen handelt. Es könnte zu neuen Verdichtungen in der multiplen Krisendynamik kommen: Absehbar sind weitere Finanz- und Spekulationskrisen, ein steigender CO<sub>2</sub>-Ausstoß weltweit, neue sozial-ökologische Krisen, steigende Rohstoffpreise, Mangel an Land und Lebensmitteln, massive Konflikte um Ressourcen sowie mögliche Stagnationsphasen. Soziale Polarisierung, Prekarisierung und der durch die Folgen der Wirtschaftskrise beschleunigte Abstieg der Mittelschichten in vielen Ländern des globalen Nordens, die Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung und die Zunahme von Armut, Migration und Kriegen in Teilen des »Südens« können zu verstärkter politischer Instabilität und umfassenden Reproduktionskrisen führen.

Angesichts dieser multiplen Krisendynamik stehen die für Emanzipation eintretenden Kräfte vor neuen praktischen und theoretischen Herausforderungen, der Handlungsdruck nimmt zu. Der Aktionsradius der europäischen Linken bleibt jedoch bislang weitgehend der nationalstaatliche Rahmen. In einigen europäischen Ländern (vor allem Griechenland, Frankreich, Spanien, Italien) wurde gegen die Krisenfolgen und die Durchsetzung der Sparregime demonstriert, blockiert und gestreikt, doch es gelang auch dort bislang nicht, einen Bruch mit der neoliberalen Politik zu erreichen. Mit den rechtspopulistischen Tendenzen in Europa oder den USA wächst die Gefahr einer autoritär-staatlichen Entwicklung. In vielen Ländern werden rechte, rassistische Parteien oder Politiker gewählt. Zudem tendieren die Herrschenden selbst verstärkt zu einer kämpferischen Bürgerlichkeit und Sozialrassismus.

Wir haben in unserem Beitrag versucht, einige uns zentral erscheinende Krisenzusammenhänge innerhalb des Kreislaufs der gesellschaftlichen Reproduktion zu skizzieren. Dabei ging es nicht um eine erschöpfende Analyse der einzelnen Krisenprozesse, sondern darum, auf die Komplexität der multiplen Krisendynamik und die Bedeutung des Krisenmanagements als Teil der Krise hinzuweisen. Linke Krisenanalysen sollten versuchen, die ständigen Verschiebungen der Krisenmomente in der gesellschaftlichen Praxis zu analysieren, Widersprüche, Risse und Brüche in der kapitalistischen Vergesellschaftung sichtbar zu machen und Eingriffsmöglichkeiten herauszuarbeiten.

Bisher tut sich die gesellschaftliche Linke schwer mit einer Neuorientierung in den Krisenzusammenhängen. Häufig werden Krisen im Kapitalismus entweder als »business as usual« betrachtet und spezifischen Krisendynamiken keine besondere Aufmerksamkeit gewidmet, oder es wird ein linearer Verlauf von Krisen angenommen, eine Dynamik der Zuspitzung, die in eine soziale und politische Krise mit Massenprotesten umschlagen wird. Auf Grund solch verkürzter Krisenverständnisse, welche die besondere Dynamik der Krisen ausblenden, kann sich leicht ein passives Verhältnis zur Krise entwickeln, eine abwartende Haltung oder Resignation. Wir möchten in Anlehnung an Antonio Gramsci vorschlagen, den objektivistischen Krisenbegriff zu überwinden, daher »Krise« selbst als ein umkämpftes soziales (Kräfte)Verhältnis und Terrain gesellschaftlicher Kämpfe zu verstehen. Das Handeln der subalternen Kräfte ist Bestandteil der Krisendynamik, auch über die Einbindung durch Lebens- und Konsumweisen hinaus. Von ihrem Eingreifen und ihren Kämpfen hängt ab, ob das herrschaftsförmige Krisenmanagement durchgesetzt wird oder ob sich die Kräfteverhältnisse grundlegend wandeln.

Einiges spricht dafür, dass die multiple Krisenhaftigkeit der derzeitigen Phase des Kapitalismus die in den Auseinandersetzungen gegen das neoliberale Projekt entstandenen Kräfte vor die Herausforderung stellt, sich neu aufeinander zu beziehen und die Kämpfe entlang der Krisendynamiken miteinander zu verbinden. Bislang wird jedoch noch zu einseitig auf die ökonomischen Krisendynamiken fokussiert, auch wenn die Klima- und Ressourcenkrise zunehmend in den linken Krisendiskurs Eingang finden. Die Perspektive der multiplen Krise kann zur Weiterentwicklung der Such-, Vernetzungs- und Verständigungsprozesse oppositioneller Kräfte zu einem transnationalen hegemonialen Block beitragen. Eine Voraussetzung dafür wäre, dass es gelingt, unterschiedliche Auseinandersetzungen entlang der Krisen stärker aufeinander zu beziehen. Wie könnten zum Beispiel die sozialen Proteste gegen die Sparpolitik in Bezug gesetzt werden zu den Kämpf-

fen um Klimagerechtigkeit und Ernährungssouveränität? Krise könnte so zum Symbol der Auseinandersetzung werden: Die gemeinsame Herausforderung besteht darin, Krisendiskurse und Kämpfe zu entwickeln, um den Perspektiven zur Überwindung des Kapitalismus neue Ausstrahlungskraft und Wirkmächtigkeit zu verleihen.

### **Literatur**

- Altvater, Elmar (2005): Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Münster.
- Altvater, Elmar (2009): Die kapitalistischen Plagen. Energiekrise und Klimakollaps, Hunger und Finanzchaos. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. H. 3.
- Bello, Walden (2010): Politik des Hungers. Berlin/Hamburg.
- Bertelsmann Stiftung (2009): Vertrauen in Deutschland. Eine qualitative Wertestudie der Bertelsmann Stiftung. Task Force »Perspektive 2020 – Deutschland nach der Krise« vom 27.12.2009. Gütersloh.
- Bischoff, Joachim (2010): Vor einem Ende der Großen Krise? Fragile Konjunktur – Konkursspirale der Schulden. In: Sozialismus. H. 5.
- Bischoff, Joachim/Detje, Richard (2009): Strukturveränderungen in der politischen Arena – Jenseits der Volksparteien?. In: Sozialismus. H. 11.
- Brand, Ulrich (2009): Klimapolitik in Zeiten globaler Krisen. Alte und neue Konflikte, <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2009/Abstracts/2009Plenum1.pdf>, Stand: 13.12.2010.
- Brenner, Robert (2003): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft. Hamburg.
- Brodie, Janine (2004): Die Re-Formierung des Geschlechterverhältnisses. Neoliberalismus und die Regulierung des Sozialen. In: Widerspruch. H. 1.
- Candeias, Mario (2009): Die letzte Konjunktur. Organische Krise und »postneoliberale« Tendenzen. In: Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. 2. verbesserte Auflage. Hamburg.
- Chesnais, François (2004): Das finanzdominierte Akkumulationsregime: theoretische Begründung und Reichweite. In: Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Chesnais, François/Serfati, Claude (2004): Die physischen Bedingungen der gesellschaftlichen Reproduktion. In: Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main.
- Demirović, Alex (2008): Neoliberalismus und Hegemonie. In: Christoph Butterwegge/Bettina Lösch/Ralf Ptak (Hrsg.): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen. Wiesbaden.
- Demirović, Alex (2009): Kehrt der Staat zurück? Wirtschaftskrise und Demokratie. In: Prokla 157. H. 4.
- Demirović, Alex (2010): Materialistische Staatstheorie und die Transnationali-

- sierung des kapitalistischen Staates. In: Ders./Stephan Adolphs/Serhat Karakayali (Hrsg.): Das Staatsverständnis von Nicos Poulantzas. Baden-Baden.
- Foster, John Bellamy/Magdoff, Fred (2009): Implosion des Finanzmarkts und Stagnation. Zurück zur Realwirtschaft. In: Supplement der Zeitschrift Sozialismus. H. 2.
- Görg, Christoph (2003): Dialektische Konstellationen. Zu einer kritischen Theorie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. In: Alex Demirović (Hrsg.): Modelle kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie. Stuttgart/Weimar.
- Görg, Christoph (2004): Postfordistische Transformation der Naturverhältnisse. In: Joachim Beerhorst/Alex Demirović/Michael Guggemos (Hrsg.): Kritische Theorie im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main.
- Harvey, David (2004): Die Geographie des »neuen« Imperialismus: Akkumulation durch Enteignung. In: Christian Zeller (Hrsg.): Die globale Enteignungsökonomie. Münster.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Zürich.
- Kaindl, Christina (2009): Extreme Rechte in der Krise – Kämpfe ums Subjekt. In: Prokla 157. H. 4.
- Marx, Karl (1857): Vorwort. Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. Marx-Engels-Werke, Bd. 42. Berlin 1956ff.
- Rilling, Rainer (2010): Welche politische Krise? Standpunkte 22/2010. Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin. <http://www.rosalux.de/publication/36607/welche-politische-krise.html> Stand: 12.12.2010.
- Röttger, Bernd (2007): Erneuerung aus dem Zentrum der Krise. Die Wiederkehr lokaler Arbeiterbewegungen und die Perspektiven gewerkschaftlicher Betriebs- und Tarifpolitik. In: Roland Klautke/Brigitte Oehrlein (Hrsg.): Prekarität – Neoliberalismus – Deregulierung. Hamburg.
- Sablowski, Thomas (2009): Die Ursachen der neuen Weltwirtschaftskrise. In: Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik. H. 2.
- Widding Isaksen, Lise/Sambasivan, Uma Devi/Hochschild, Arlie (2009): Die globale Fürsorgekrise. In: WestEnd. H. 2.
- Wolf, Winfried (2009): Weltwirtschaftskrise. In: lunapark21. H. 5.